

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit	03.09.2015	Beantwortung der Anfrage

Betreff

**Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.06.2015;
Zuwanderung, EU-Fördermittel und marginalisierte Gruppen vor Ort**

Inhalt

Zuwanderung aus der europäischen Union stellt viele Kommunen in NRW – auch *DUISBURG* - vor große Herausforderungen. Die Gemeinden müssen für Unterkünfte, Schulen und soziale Leistungen viel Geld aufbringen. Dennoch, das Grundrecht auf Zuwanderung steht unter besonderem Schutz und trotz leerer Kassen muss die Integration der EU-Bürger*innen und ihrer Familien gestemmt werden. Dafür benötigen die Kommunen finanzielle Unterstützung, auch durch Mittel der Europäischen Union.

In der neuen Förderperiode 2014-2020 wird die EU ein Drittel ihres Haushalts, ungefähr 350 Milliarden Euro, für diese Zwecke einsetzen. Seit 2014 stehen dabei auch so genannte "marginalisierte Gruppen" im Fokus der europäischen Förderpolitik. Minderheitengruppen in großer Armut und Chancenlosigkeit, wie beispielsweise Roma, sollen aktiv in die langfristige Planung der Antragsteller für Mittel aus den EU-Fonds aktiv einbezogen werden.

Die Verwaltung wird um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wurden seit Beginn der neuen Förderperiode 2014-2020 EU-Mittel zur Integration von Zuwanderer*innen abgerufen?
Wenn ja, wann wurden diese abgerufen, über welche Förderprogramme (z. B. ESF, EFRE, EHAP) und in welcher Höhe?
2. Wurden EU-Mittel spezifisch zur Förderung marginalisierter Gruppen, wie beispielsweise Roma, eingesetzt? Falls ja, um welche Projekte handelt es sich dabei?
3. Wurden Minderheitengruppen, wie beispielsweise Roma, aktiv in die Planung und Antragstellung für EU- Mittel miteinbezogen?